

Durchregieren

Die rot/grüne Regierung hat die einmalige Chance, grundlegende Veränderungen durchzusetzen, da der politische Gegner nicht mehr existiert

Wenn Macht kein Selbstzweck sein soll, dann kommt es nun darauf an, mittels dieser die richtigen Weichen zu stellen. Für die Schulpolitik heißt dies, alles zu unternehmen, um die Chancengleichheit zu verbessern. Konkret müssen alle Strukturen auf den Prüfstand, die dies bislang verhindert haben. Die Proklamation eines Schulfriedens ist in gewisser Weise obsolet, weil der politische Gegner abhandengekommen ist. Barrieren, die in der Vergangenheit dies verhinderten, sind nicht mehr vorhanden! Konkret heißt dies: die neue Regierung kann in großen Schritten vorangehen, um das zu beseitigen, was in den vergangenen Jahren die Segregation befördert hat.

Kinder müssen gemeinsam lernen. Das, was grundsätzlich für eine demokratisch aufgeklärte Gesellschaft gelten sollte, ist unter den Bedingungen der von starker Migration geprägten Gesellschaft in dieser Stadt umso bedeutsamer. Schluss also damit,

Kinder, deren Herkunft- und Familiensprache nicht Deutsch ist, auf bestimmte Schulformen zu konzentrieren! Kinder lernen durch Kinder. Dies gilt ganz besonders für die Sprache. Das, was jede_r weiß, muss nun als Chance dafür wahrgenommen werden, die Trennung abzuschieffen.

Wenn der neuen Regierung noch der Mut fehlen sollte, dies unmittelbar umzusetzen, so gilt ab sofort, es als politisches Ziel zu formulieren. Will man auf ein ‚Bussing‘ verzichten, so muss man über Quotierung die Schüler_innenströme steuern. Die damit in Kauf zu nehmenden etwaigen längeren Schulwege sind der politische Preis, der aufgrund jahrzehntelanger verfehlter Stadtplanung zu zahlen ist.

Was spricht jetzt eigentlich noch gegen das von den Grünen zu Beginn des Jahrtausends propagierte Konzept des „9macht klug“, also eines gemeinsamen Lernens aller Kinder bis zur 9. Jahrgangsstufe? So stand es

zunächst mal im Programm. Verabschiedet auf einem Parteitag der Grünen. Wohl aus einer plötzlichen Angst vor der eigenen Courage meldete man die Forderung auf sechs Jahre gemeinsame Beschulung herunter. Genützt hat es gar nichts, wie wir heute wissen. Wahrscheinlich hatte es die Gegenseite eher noch ermutigt, dagegen Sturm zu laufen. Wenn man die Unsicherheit des Gegners spürt, wächst bekanntlich der Mut anzugreifen.

Nun leben wir seit dem verlorengegangenen Volksentscheid für ein gemeinsames längeres Lernen bis zur 6. Jahrgangsstufe, was uns die Primarschule beschert hätte und müssen seither mit ansehen, wie sich die Spaltung in unserer Gesellschaft nicht zuletzt durch das gegliederte Schulsystem immer weiter vertieft. Die Erfolge, die die Kolleg_innen an den Stadtteilschulen in Sachen höhere Bildungsabschlüsse, konkret: Abiturientenquote, erzielen, sollen damit nicht kleingeredet werden, aber trotzdem muss der Finger in die Wunde des Systems gelegt werden. Bis zu 30 Prozent der Schüler_innen an den Stadtteilschulen erreichen nämlich nicht die Mindestanforderungen für einen Schulabschluss. Und sollte dieser formal vergeben werden, dann ist damit nicht garantiert, dass die Leistungen in den zentralen Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen erfüllt sind. Dies ist nicht nur ein Verbrechen an den Kindern und Jugendlichen, sondern gesellschaftlich die Garantie für zukünftige Konflikte, ganz abgesehen davon, dass dies auch nicht im Interesse derjenigen sein kann, die an Arbeitskräften interessiert sind, die

NEUN JAHRE
GEMEINSAME SCHULE FÜR ALLE,



damit schlummernde TALENTE nicht frühzeitig aussortiert werden,
damit SUPERHIRNE und BASTLER länger voneinander lernen,
damit Schule auf STÄRKEN und Schwächen individuell eingeht,
damit KINDER früh erfahren, dass alle gleich viel wert sind.

Those were the days, my friend... – Forderung der GAL in Hamburg aus dem Jahre 2003



Foto und Montage: Jamil Jellia

„Es bleibt (...) dabei, dass (...) die Gehälter der Grundschullehrer schrittweise von A12 auf A13 angehoben werden.“ Senator Rabe auf der Pressekonferenz nach der ersten Verhandlungsrunde mit den Grünen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen am 27.4. (zitiert nach HA vom 28.4., S. 12)

den Anforderungen des Beschäftigungssystems gewachsen sein müssen.

Das alles kann die neue rot/grüne Regierung nun hinter sich lassen. Wer hindert sie noch, ein längeres gemeinsames Lernen auf den Weg zu bringen? Wie das geschehen kann, dazu sind die Blaupausen vorhanden. Benennen wir alle Schulen nach Personen, die die Gesellschaft oder sagen wir: die Menschheit im emanzipatorischen Sinne voran gebracht haben! Damit entfiele die Etikettierung nach Gymnasium oder Stadtteilschule oder eben auch – wie ja von der alten rot/grünen Regierung angedacht

– dem Zwitter Campusschule. Und das mit einer Öffnungsklausel für die Stadtteilschulen, dass sich diese ab sofort zu einer solchen erklären können. Dann lassen wir wie ehemals die Eltern entscheiden, wohin sie ihre Kinder schicken, mit dem Unterschied, dass sie die Wahl haben, ihre Kinder auf dieselbe Schule zu schicken wie jene, deren Kinder vormals ans Gymnasium entschwunden sind. Eine Schulformempfehlung entfiele, womit eine Kränkung der Kinder, sie seien nur ‚Zweite Wahl‘, ein für alle Mal entfiele.

Die Karten würden neu gemischt. Der alles entscheidende

Mix von Kindern aus Familien mit unterschiedlichem kulturellen Kapital könnte auf diese Weise den Humus für eine wirklich neue Lernkultur abgeben und gesellschaftlich einen großen Schritt in Richtung wahrer Inklusion bedeuten.

Nun unterstelle niemand, das alles sei naiv. Der Satz: „Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche!“ war vielleicht nie näher an der Wirklichkeit als jetzt. Setzen wir alles daran, die Verhältnisse in diesem Sinne zum Tanzen zu bringen.

JOACHIM GEFFERS

Kontinuität statt Veränderung...

... war der Tenor der Verhandlungen über Schulpolitik im Rahmen der Koalitionsgespräche zwischen SPD und Grüne. Das heißt: man klebt noch ein paar mehr soziale Pflaster. Die Koalitionspartner vereinbarten, das Förderprogramm „Starke Schulen 23+“, mit dem vor allem Schulen in sozialen Brennpunkten besser ausgestattet und gefördert werden, noch einmal auszuweiten. Der Grüne Verhandlungsführer Anjes Tjarks hierzu: „Wir wollen die Herkunftsabhängigkeit stärker vom Bildungserfolg abkoppeln.“ Fazit des Schulsenators im Anschluss an die Verhandlungsrunde: „Die Gespräche waren erfreulich konstruktiv. Wir haben sehr schnell zu vielen Gemeinsamkeiten gefunden.“

Genau das ist vielleicht das Problem! Zitate nach HA vom 27.4.2020

Nur Kosmetik?

In Hinblick auf die Namensnennung von Schulen wird man einwenden können, dass dies doch Etikettenschwindel sei. Wenn wir uns aber einmal vergegenwärtigen, dass Lernen einen Impuls für ein positives Selbstwertgefühl braucht, dann liegt der Gedanke nicht fern, dass es einen Unterschied macht, ob ein Kind sagen kann, es lerne an der ‚Albert Einstein Schule‘ oder an – sagen wir – einer Schule, deren Namen den Charakter des Stadtteils widerspiegelt.

JG